

Rheinisch-Westfälische Volkszeitung

Rheinisch-Westfälische
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Verbandsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstisches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptverlag: Bocholt, Reichshausstr. 14. Fernsprecher 3034/35.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2.62 Mk. — Reno-Sammel-Anzeigenpreis: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengeld 6 Pfg., Kleinanzeigen (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 349

Mittwoch, den 19. Dezember 1934

Jahrgang 1934

800 Millionen Zusatzkredite zur Modernisierung der französischen Armee.

Eine Aufrüstungsdebatte im Senat. — Das alte Lied von der angeblich bedrohten Sicherheit.

Phantasien über die deutsche Heeresstärke.

(1) Paris, 18. Dezember.

Im Verlauf der Haushaltsberatung des Senats kam es Montag bei der Erörterung des Postens des Kriegsministeriums zu einer grundsätzlichen Aussprache, bei der Senator Lemeray für die Notwendigkeit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit eintrat, während Ministerpräsident Flandin aus außenpolitischen Rücksichten die Aufstellung dieser Frage vermieden wissen wollte.

Als Berichterstatter gab Senator Sari die kürzlich in der französischen Presse genannten

Ziffern der Streitkräfte Deutschlands und Frankreichs — angeblich 600 000 für Deutschland (1) und 460 000 für Frankreich — an. Zu den genannten 600 000 Mann, die Deutschland aufstellen könnte, zählte der Berichterstatter außerdem noch 700 000 Mann, die ausgebildet sein sollen und aufgestellt werden könnten (1). Ferner 1 400 000 Reservisten geleiteter Alters (1) und 1 000 000 Mann als Mitglieder der halb-militärischen Verbände.

Senator Lemeray befragte die Erhöhung der Militärdienstzeit und das Bündnisproblem. Die Wiederherstellung der zweijährigen Dienstzeit sei eine unbedingte Notwendigkeit und sie werde kaum genügen, vielmehr müsse man gleichzeitig auch das Berufsheer verstärken. Wenn man behände, daß ein Arbeitslocher mehr Geld kostet als ein Soldat, dann frage man sich, wie man überhaupt mit einer solchen Maßnahme noch zögern könne.

Ministerpräsident Flandin betonte, Frankreich müsse auf Grund seiner allzu zahlreichen Erfahrungen sich gegen die Gefahr schützen, aber es dürfe nur eine zur Abwehr bestimmte Militärorganisation haben. Es sei heute weder die Stunde noch der Ort, eine Gegenüberstellung der deutschen Verhältnisse und Rüstungen und der entsprechenden französischen vorzunehmen.

Als Senator Lemeray in einem Zurschneidung den Einwand machte, die Regierung könne sich einer Art Fatalismus hingeben, erwiderte Ministerpräsident Flandin: „Wenn mir nachgewiesen wird, daß die Erhöhung der 18-Monatsdienstzeit notwendig ist, dann werde ich sie vornehmen. Aber die heutige Stunde entspricht diesem ernsten Problem nicht. Lassen wir heute eine Förderung beiste, die unnütz, ja, vom außenpolitischen Standpunkt aus gesehen, gefährlich wäre und die, innerpolitisch gesehen, nicht wünschenswert wäre.“

In der Dienstagsung besaßte sich die Debatte hauptsächlich mit den Zusatzkrediten in Höhe von 800 Millionen Franken für die Modernisierung des Heeresmaterials. Diese Kredite verteilen sich wie folgt:

615,5 Millionen für die Artillerie und die Pioniertruppen, 35 Millionen für das Infanteriewesen, 15 Millionen für die Kavallerie, 80 Millionen Franken für die Panzertruppe, 6,5 Millionen Franken für das Militär-Eisenbahnwesen.

Zu Beginn der Sitzung stellte der radikalsozialistische Abgeordnete und ehemalige Minister Pierre Cot Antrag auf Vertagung. Die Regierung müsse sich zunächst einmal darüber äußern, welche Maßnahmen zur Kontrolle der Waffenherstellung von ihr getroffen worden seien. Man wolle nicht die Arbeit der Regierung behindern, aber für ihn und seine Freunde sei das Verbot der privaten Waffenherstellung eine Notwendigkeit. Denn sie sei ein Skandal.

Unter großem Beifall seiner Partei erklärte Pierre Cot, man habe während des Krieges gesehen, wie auf der einen Seite Männer für Frankreich Blut und Leben gaben und starben, während andere große Gewinne einstrichen.

Er und seine Freunde seien bereit, die für die Landesverteidigung notwendigen Kredite zu bewilligen, nicht aber die Hand zu bieten, um den Deuten zu noch größeren Gewinnen zu verhelfen, die durch die Unternehmungen des amerikanischen Senats bedroht seien. Daß man gegen die Kriegserweiterung vorgehe, sei vollkommen in der Ordnung. Aber zuerst müsse man allen Bürgern die Sicherheit geben, daß man von ihnen nicht das Opfer der Freiheit und ihres Lebens verlange zum Nutzen der Rüstungsindustrie. Sie fordern bei der Ueberwachung der Rüstungsindustrie, zum Beispiel diejenigen der Gasmaske-Hersteller. Der politische Feldzug über die Gefahren der Luftangriffe gehe von den Gasmaske-Herstellern aus.

Ministerpräsident Flandin erwiderte, die von Cot angestrebte Lösung sei wünschenswert und die Regierung werde in Genuß den gleichen Standpunkt vertreten, wie ihre Vorgänger. Es handele sich um ein internationales Problem. Hinsichtlich der rein französischen Seite der Angelegenheit müsse man sich auch danach richten, was im Ausland geschehe. Es gebe keine spezielle Rüstungsindustrie. Verschiedene friedliche industrielle Unternehmungen könnten sehr schnell auf die Kriegsindustrie umgestellt werden.

Es sei gefährlich, eine Unterscheidung zwischen Rüstungsindustrie und Friedensindustrie zu machen. Immerhin könne man es nicht zulassen, daß in einem Kriegsfall die einen ihr Blut hingeben und die anderen Gewinne einstrichen.

Es sei die Frage, ob in Friedenszeiten die staatlichen Arsenale billiger arbeiteten als die privaten Gesellschaften.

ten. Die Erfahrung lehre aber, daß die Verstaatlichung nicht ratsam sei. Gegenwärtig müsse man mit den Rüstungen der anderen rechnen (Flandin sprach in diesem Zusammenhang von einer Großmacht, die Frankreich in den letzten 100 Jahren drei Mal angegriffen habe). Die Gewährung der Militärkredite sei eine Versicherungspremie für die Zukunft.

Pierre Cot zog darauf seinen Vertagungsantrag zurück.

Kriegsminister General Maurin hat die Kammer nochmals um die Bewilligung der 800 Millionen. Das Kriegsmaterial sei veraltet und müsse erneuert werden. Man müsse das Erdbebenjahr in Frankreich entwickeln, sonst werde das 40 Millionen-volk von einem 60 Millionen-volk besiegt werden.

Der sozialistische Abgeordnete Léon Blum stellte den Antrag, die Verhandlungen zu vertagen, indem er die übliche Ablehnung jeglicher Militärkredite durch die Sozialisten zum Ausdruck brachte. Er sprach sehr viel von der deutschen Aufrüstung, erklärte aber in diesem Zusammenhang, daß die französische Aufrüstung die deutsche Aufrüstung in gewissem Sinne rechtfertige.

Der Vorsitzende des Heeresausschusses, Abgeordneter Oberst Fabry, sprach für die Bewilligung der Kredite,

indem er seine üblichen Vorstellungen wegen der deutschen Gefahr und der angeblichen Riesenrüstungen Deutschlands vorbrachte.

Ministerpräsident Flandin bemühte sich zunächst, das Definitiv Leon Blums zur Abklärung durch einen Hinweis auf den Abdruck der Aufrüstung Deutschlands zu widerlegen.

Blum habe erklärt, man müsse Deutschland wohl oder übel in ein Abrüstungsabkommen einbeziehen. Er habe aber nicht angegeben, wie dies geschehen solle. Glaube er etwa, daß Frankreich einen Krieg führen werde, um Deutschland zur Teilnahme an einem Abrüstungsabkommen zu veranlassen?

Die französische Regierung habe alles getan, um auf der Abrüstungskonferenz ein Abkommen zustande zu bringen. Sie habe auf allen Gebieten Zugeständnisse gemacht, ausgenommen in der Frage der Sicherheit; denn Frankreich werde seine Sicherheit nie preisgeben. Als es geheißen habe, die Worte in die Tat umzusetzen, habe sich nicht Frankreich, sondern Deutschland einem Abkommen entgegen. Frankreich werde bei internationalen Regelungen zur Verhinderung des Krieges nie fehlen.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Der Leiter der saarländischen Polizei zurückgetreten.

Major Hennessey zum Nachfolger Hemsleys ernannt.

DNB Saarbrücken, 18. Dezember.

Der Leiter der saarländischen Polizei, Ministerialrat Hemsley, hat dem Präsidenten der Regierungskommission, Knog, sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Zum Nachfolger Hemsleys ist der englische Major Hennessey ernannt worden. Hennessey gehört zu den schon seit einiger Zeit im Saargebiet weilenden Polizeioffizieren und war dem Präsidenten der Regierungskommission Knog persönlich zugeteilt. Er gilt als ein sehr bewährter Offizier und kennt Deutschland aus eigener Anschauung.

Bedauern des englischen Kabinetts.

DNB London, 18. Dezember.

Blättermeldungen zufolge hat sich das britische Kabinet am Montagabend in einer Sonder Sitzung mit dem Zwischenfall im Saargebiet befaßt. Es verurteilt, daß die Minister ihr Bedauern über das Geschehene geäußert haben, im übrigen aber, wie bereits Sir John Simon im Unterhaus zum Ausdruck gebracht hat, auf dem Standpunkt stehen, daß Großbritannien direkt nichts mit der Sache zu tun habe.

Wie „Daily Mail“ berichtet, sind den für das Saargebiet bestimmten britischen Soldaten im Hinblick auf den Zwischenfall in Saarbrücken neue Weisungen für ihr Verhalten gegeben worden. Am Montagabend sind in Calais 100 Mann des Nachrichtenkorps mit

60 Kraftwagen gelandet worden. Am Dienstag folgte die Entsendung weiterer Truppen und Kraftwagen. Am Mittwoch wird sich die Truppe auf der Landstraße nach dem Saargebiet in Bewegung setzen.

„Fußbälle im Tornister“.

London, 18. Dezember.

Auch heute wird in der Londoner Presse über die Folgen des nächtlichen Zwischenfalls in Saarbrücken ausführlich berichtet. Das Bedauern über das Geschehene ist ebenso allgemein wie der Wunsch, daß das Verhältnis zwischen den Saarländern und den internationalen Truppen, besonders den britischen Soldaten, dadurch nicht getrübt werde. Schon häufig ist in London die Hoffnung ausgesprochen worden, daß sich während der wenigen Wochen, die die britischen Soldaten an der Saar weilen, freundschaftliche Beziehungen zwischen Einwohner und Soldaten entwickeln werden. In diesem Zusammenhang ist die Presse allgemein der Ansicht, daß die Soldaten in ihrem Tornister wohl eine Menge von Fußbällen mitführen.

„Daily Mail“ schreibt, Berlin hat einen Wunsch nach Frieden und Wohlfühlen bewiesen, indem es die Sache so ruhig aufgefaßt hat. Mit ihrer Forderung nach gründlicher Untersuchung des Zwischenfalls und Bestrafung der Schuldigen — falls die Untersuchung ungehöriges Auftreten feststellt — sind die Deutschen vollkommen in ihrem Recht und haben die Unterstützung der englischen öffentlichen Meinung ohne Unterbruch der Partei. Obwohl die Angelegenheit keine politische Bedeutung hat, enthält sie eine der bedeutendsten Schwächen einer internationalen Kontrolle durch internationale Streitkräfte. Trotzdem sehen die optimistischen Anhänger des Völkerbundes hierauf ihre Hoffnungen. Europa werde erleichtert aufatmen, wenn die Saar zu Deutschland zurückkehrt, was durch die Abstimmung vom Januar bestimmt zustande gebracht werden wird.

126 Memeldeutsche vor dem litauischen Kriegsgericht.



Der Prozeß gegen die 126 Memeldeutschen, die gegenwärtig vor dem litauischen Kriegsgericht in Romna stehen, ist ein weiteres Glied in der Kette der furchtbaren Terror-Maßnahmen, die die litauische Regierung auf das Memelgebiet anwendet. Unter Bild zeigt links das Kriegsgericht und rechts einen Teil der 126 Angeklagten, die von Soldaten mit dem Bajonett schatz bewacht werden.

Die Südafrikanische Union.

III. (Schluß).

Die Farbenschränke in Siedlung und Beruf.

Von

Rug. H. Berning.

Um dem grauenhaften Wohnungselend der in den südafrikanischen Industriezentren wohnenden Schwarzen, der Siedlungssterblichkeit (50—60%) und vor allem der Seuchengefahr zu steuern, wurde 1923 ein Wohnungsgesetz (Natives Urban Areas Act) erlassen. Es zwingt die Stadtverwaltungen, ungeheure Wohnviertel zu beseitigen, für gesunde Eingeborenenwohnungen und für Trennung der Rassen zu sorgen. Die Eingeborenen sollen entweder in separierten Siedlungen, geschlossenen Wohnlagern, oder bei vorhandenem Platz in Eingeborenenengemeinden mit eigenem Haus- und Grundbesitz oder in Waffelengarten (Compounds) untergebracht werden. Am schlimmsten waren die Wohnverhältnisse in Durban (Natal), wo bei 40 000 Eingeborenen nur für 100 Familien einwandfreie Häuser zur Verfügung gestellt werden konnten und daher jeder weitere Zugang von Schwarzen unterbunden wurde. Diejenigen, die nicht in den Häusern Unterkommen fanden, wurden in Massenquartieren untergebracht oder hielten in Wellblechbaracken außerhalb der Stadtgrenze im Kraus um Durban. In Bloemfontein sind die Siedlungen am modernsten, während in Johannesburg ältere Wellblechquartiere mit neueren Siedlungen und Gemeindefriedhöfen aus dreistöckigen Backsteinhäusern abgewechselt. Für die Siedlungen wird ein Eingeborenenrat gewählt, der angehört werden muß. Auch sollen eingetragene Sicherheits- und Ueberwachungskommissionen gebildet werden. Die Leitung einer Siedlung liegt in der Hand eines Weißen. Um die Auflagen innerhalb der Siedlungen wird noch gestritten.

Es sei daran erinnert, daß neben diesen Siedlungen, die für die Städte auch allerlei schwierige Verkehrsprobleme schaffen, die großen Arbeiterlager in den Minenbezirken vorhanden sind. So wohnen z. B. in der weiteren Umgebung von Johannesburg gegen 200 000 schwarze Minenarbeiter. Für letztere ist das sogenannte Compound-System eingerichtet, d. h. Sammellager, in denen die Arbeiter ohne Frauen wohnen. Compounds für verheiratete Arbeiter haben sich nicht bewährt, da sich nicht kontrollieren ließ, ob Mann und Frau wirklich verheiratet waren und da sich anständige Frauen in diesen Compounds nicht aufhielten. Die frauenlosen Compounds sind den Umständen nach eher zu ertragen, wenn sie auch trotz aller Bemühungen der Minenverwaltung Brutstätten des Lasters sind. In 40 Compounds sind 4 bis 5000 Arbeiter untergebracht. Jedes Compound ist ein kleiner Hof gebaut. Es entwickelt sich in ihm ein familienähnlicher Betrieb. In den geschlossenen Compounds, welche die Arbeiter ohne Urlaubsschein nicht verlassen dürfen, werden die Arbeiter auch von den Verwaltungen versorgt. An Unterhaltungs- und Bildungsveranstaltungen fehlt es nicht. Ausschank von Alkohol ist verboten. Der Manager eines Compound ist stets ein Weißer. Bei den Diamantenminen gibt es nur geschlossene Compounds, in die der Eingang der Minen hinein führt. Dadurch soll der Diamantenschmuggel verhindert werden.

Die eingeborenen Arbeiter sind nicht ohne Fürsorgerechte. Sie haben Anspruch auf Fürsorge in Unglücks- und Krankheitsfällen. Die Fürsorgerechte betragen die Hälfte der Sätze für die Weißen. Vielfach machen die Schwarzen aus Unwissenheit, Trägheit oder Abneigung vor Bindungen keinen Gebrauch von ihren Rechten. Das hängt mit ihrer ganzen Mentalität zusammen: Der Eingeborene verläßt den Kral und begibt sich zur Arbeit nur, um die fiskalische Kopf- und Hüttensteuer bezahlen zu können, die sich somit als indirekter Arbeitszwang erweist. Oder er geht arbeiten, um Geld zum Frauenkauf zu erhalten oder um sich Vieh anzuschaffen oder endlich, um dem Dorfträger, (meist Indier), der gleichzeitig Arbeiterwerber der Industrieunternehmen ist und für jeden geborenen Arbeiter Procente erhält, seine Schulden zu bezahlen. Der Schwarze arbeitet nur für die Bedarfsdeckung, für den Familien- und Sippenkommunismus. Arbeiten, um überschüssiges Geld zu haben, um zu sparen, kennt er noch nicht. Natürlich handelt es sich hier um Arbeiter, die nur einmal für 18 Monate ihren Kral verlassen, um hernach wieder dorthin zurückzukehren. Häufig scheitert infolge dieser Bindung an die Kralgemeinschaft der Versuch der Unternehmer, den schwarzen Arbeiter allmählich zu individuellen Leistungen anzupornen.

Mehr indirekt wirkt sich die Farbenschränke bei den gelernten und Handwerkerberufen aus. Von bestimmten Tätigkeiten ist der Schwarze direkt ausgeschlossen, doch nicht von allen gelernten Berufen. Um ihn auch hier zurückzudrängen, erschwert man ihm die Lehre durch hochgeschraubte Schulforderungen. Nur wenige können ihnen genügen. Hat ein Schwarzer glücklicherweise die Lehre aus, so verhindert ein solidarischer Druck der Weißen seine Niederlassung in den Städten. Er muß sich also eine mühsame Existenz als reisender Handwerker von Kral zu Kral

